

TOP. 11.) Beratung und Beschlussfassung für eine Resolution zum Thema „Kein Platz für Extremismus und Faschismus“.

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Ein Thema hat in den vergangenen Tagen die Medien bestimmt: Die Verbindung der FPÖ zu den Identitären. Dies vor allem deshalb, weil die Identitären eine Spende vom Attentäter in Christchurch (Neuseeland) erhalten haben und weil die Identitären bis vergangene Woche in einem Haus eingemietet waren, das einem FPÖ-Verein gehört.

Was ist erlaubt? Was ist gerade noch und was ist keinesfalls erlaubt? Diese Frage wird im Kontext von Politik und Rechtsextremismus heftig diskutiert. Die Grenze zwischen akzeptiert und erlaubt wird ständig verschoben. Es gibt viele Bekenntnisse, aber keine Konsequenzen.

Der Vorsitzende der FPÖ hat sich tagelang nicht zu Wort gemeldet. Erst nach einer öffentlichen Aufforderung durch die SPÖ am vergangenen Donnerstag hat Manfred Haimbuchner den Versuch der Distanzierung gemacht. Er bleibt dabei aber völlig unglaubwürdig.

Distanzieren ist das eine, Konsequenzen ziehen ist das andere.

Die SPÖ hat viele Vorschläge gemacht, wie man dem Rechtsextremismus begegnen kann und muss. Keine der Forderungen der SPÖ wurde bis dato von der Landesregierung umgesetzt. Deshalb hat die SPÖ für die kommende Landtagssitzung am 11. April eine aktuelle Stunde zum Thema "Wie kann rechtsextremen Verflechtungen und Unterwanderungen in Oberösterreich begegnet werden?" einberufen.

Es braucht klare Handlungskonzepte. Sie, sehr geehrte Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, kennen Ihre Bürgerinnen und Bürger am besten. Daher können Sie einen wesentlichen Beitrag leisten, dass die Spaltung der Gesellschaft nicht weiter fortschreitet. Unterstützen Sie uns im Bemühen um ein Miteinander, für die Menschen, gegen Extremismus und gegen rechtsradikale Umtriebe in den Gemeinden, in den Bezirken und nicht zuletzt im ganzen Land. Ich ersuche Sie daher, zu handeln. **Anbei finden Sie einen Vorschlag für eine Resolution an den OÖ Landtag.** Mit dieser Resolution unterstützen Sie die **Einrichtung einer Beratungsstelle gegen Extremismus.** Rechtsextremen Tendenzen muss entgegengewirkt werden. Dies gelingt vor allem durch Aufklärung, präventive Maßnahmen, Unterstützung von Betroffenen und durch das Angebot einer Ausstiegsberatung.

Ich danke Ihnen für Ihre Unterstützung bei diesem wichtigen Thema. Oberösterreich ist seit 2015 negativer Spitzenreiter bei rechtsextremen Tathandlungen. Durchbrechen wir diese Spirale. Setzen wir dem Rechtsextremismus gemeinsam ein Ende!

Mit herzlichen Grüßen,

Birgit Gerstorfer

SPÖ-Landesparteivorsitzende

An den
Oö. Landtag
Landhausplatz 1
4021 Linz

Kein Platz für Extremismus und Faschismus!

Der Oö. Landtag wird aufgefordert, sich durch folgende Maßnahmen wirksam für eine Bekämpfung des Extremismus in Oberösterreich einzusetzen:

- **Errichtung einer Beratungsstelle zur Bekämpfung von Extremismus und Faschismus, zur Hilfe für von extremistischer Gewalt bedrohte und betroffene Menschen, Präventionsarbeit gegen Extremismus**

Begründung:

Nach dem schrecklichen Attentat von Christchurch und dem Bekanntwerden von Verbindungen des Attentäters zu der Identitären Bewegung in Europa und Österreich ist die Diskussion rund Extremismus in unserer Gesellschaft in der Öffentlichkeit wieder entflammt. Seit dem Jahr 2013 haben sich politisch motivierte Straftaten mit rechtsextremen Hintergrund mehr als verdoppelt. Das „Oberösterreichische Handlungskonzept gegen Extremismus“ aus dem Jahr 2010 war ein erster Schritt diesem Problem entgegenzutreten. Trotz Evaluierung dieses Programmes in den Jahren 2015 und 2016 ist der Wirkungsgrad dieses Handlungskonzeptes noch bei weitem zu gering.

Eine Beratungsstelle – mehrere Aufgaben

1. **Beratungsstelle zum Schutz und zur Hilfe für von extremistischer, rassistischer und antisemitischer Gewalt bedrohte und betroffene Menschen.**

Rascher Aufbau einer niederschweligen und nicht bei den Sicherheitsbehörden (Polizei) angesiedelten Beratungs- und Anlaufstellen, sowohl für verunsicherte Bürgerinnen und Bürger als auch für Menschen, die Teil der extremistischen Szene sind und den Ausstieg suchen.

2. **Ausstiegsberatung für Extremistische, die sich von der Szene distanzieren wollen**

Die Ausstiegsberatung ist in der Beratungsstelle angesiedelt. Sie ist eine Einrichtung, die in der ersten Phase vor allem für das soziale Umfeld von Täter_innen und Mitgliedern der extremistischen Szene Beratung gibt.

3. Aufklärungsarbeit an den Schulen

Ehestmögliche und flächendeckende Aufklärung über Extremismus für SchülerInnen und Schüler ab der 9. Schulstufe. Hier soll auch eine enge Zusammenarbeit mit dem „no-hate-speech-movement“ <https://www.nohatespeech.at/> und dem nationalen Komitee „no hate speech“ und deren Empfehlungen geknüpft werden.

4. Informations- und Aufklärungskampagne gegen Extremismus

Breite und positive Informations- und Aufklärungskampagne gegen Extremismus.

5. Gegenöffentlichkeit zur Öffentlichkeitsarbeit der Extremisten: Workshops zum Erkennen von „Fakenews“

Neonazis und Populisten sind auch im Internet, zum Beispiel bei Facebook und Twitter. Sie versuchen dort, schwierige Probleme „einfach“ zu lösen, obwohl sie keine Lösungen vorschlagen können. Es müssen auch Falschmeldungen (Fakenews) stärker bekämpft werden, um die Lügen aufzulösen. Das kann jeder im Internet machen und soll mit Workshops für Interessierte außerhalb der Schule transportiert werden.

6. Schaffung einer offenen Internetplattform zur Information über Extremismus

Nach dem Beispiel der deutschen „Bundeszentrale für politische Bildung“ (<https://www.bpb.de/>) sollen Schulungsunterlagen, Workshop-Konzepte für Jugendvereine, Jugendzentren und Schulen erarbeitet und zur Verfügung gestellt werden.

7. Enge Zusammenarbeit der Akteur_innen, die sich gegen den Extremismus stellen

Damit der Aktionsplan umgesetzt werden kann, müssen die Beratungsstelle, Polizei, Justizministerium und Verwaltung in Oberösterreich sowie die Zivilgesellschaft eng zusammenarbeiten.

Um effektiv und glaubwürdig an einer Umsetzung dieses Planes arbeiten zu können, ist es notwendig, dass alle demokratischen Parteien bzw. Fraktionen gemeinsam dafür Sorge tragen. Die Werte der Demokratie sind die Basis für unser Land und unsere Gesellschaft. Darum ist es im Sinne der österreichischen Verfassung Auftrag und Pflicht der demokratisch gewählten Mandatarinnen und Mandatäre, hier im Namen der Republik klar gegen Extremismus einzutreten.